

Mindestlohn

Von Arbeit muss man leben können

Bereits heute erhalten mehr als sechs Millionen Menschen, mehrheitlich Frauen, für ihre Arbeit nur Niedriglöhne. Fast 1,4 Millionen Menschen müssen ihren Lohn mit Hartz IV aufstocken. Und ab dem 1. Mai 2011 drohen weitere Verschlechterungen. Arbeitgeber profitieren dann davon, dass Menschen aus Mittel- und Osteuropa auch in Deutschland zu Niedriglöhnen arbeiten können, die in den jeweiligen Herkunftsländern gelten. So wollen die Arbeitgeber das Lohndumping verschärfen.

Mindestlohn verhindert Lohndumping

Deshalb fordert DIE LINKE, spätestens zum 1. Mai 2011 einen flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn einzuführen, der bis zum Jahr 2013 auf zehn Euro pro Stunde erhöht wird. Dieser Mindestlohn muss für alle abhängig Beschäftigten in Deutschland gelten - unabhängig davon, ob sie dauerhaft oder nur vorübergehend hier arbeiten oder welcher Nationalität sie angehören. Er bildet die gesetzliche Lohnuntergrenze. Löhne, die darunter liegen, sind illegal.

Mindestlohn sichert Arbeit in Würde

Dieser gesetzliche Mindestlohn gewährleistet, dass alleinstehende Menschen, die Vollzeit arbeiten, von ihrer Arbeit leben können, ohne zusätzlich auf Hartz IV angewiesen zu sein. Er verhindert, dass Arbeit arm macht und dass niedrige Löhne mit Steuergeld subventioniert werden müssen. Er unterbindet Lohndumping. Er verbessert insbesondere die Löhne von Frauen. Und er sorgt dafür, dass die Binnennachfrage steigt und neue Arbeitsplätze entstehen.

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Mindestlohn

Von Arbeit muss man leben können

Bereits heute erhalten mehr als sechs Millionen Menschen, mehrheitlich Frauen, für ihre Arbeit nur Niedriglöhne. Fast 1,4 Millionen Menschen müssen ihren Lohn mit Hartz IV aufstocken. Und ab dem 1. Mai 2011 drohen weitere Verschlechterungen. Arbeitgeber profitieren dann davon, dass Menschen aus Mittel- und Osteuropa auch in Deutschland zu Niedriglöhnen arbeiten können, die in den jeweiligen Herkunftsländern gelten. So wollen die Arbeitgeber das Lohndumping verschärfen.

Mindestlohn verhindert Lohndumping

Deshalb fordert DIE LINKE, spätestens zum 1. Mai 2011 einen flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn einzuführen, der bis zum Jahr 2013 auf zehn Euro pro Stunde erhöht wird. Dieser Mindestlohn muss für alle abhängig Beschäftigten in Deutschland gelten - unabhängig davon, ob sie dauerhaft oder nur vorübergehend hier arbeiten oder welcher Nationalität sie angehören. Er bildet die gesetzliche Lohnuntergrenze. Löhne, die darunter liegen, sind illegal.

Mindestlohn sichert Arbeit in Würde

Dieser gesetzliche Mindestlohn gewährleistet, dass alleinstehende Menschen, die Vollzeit arbeiten, von ihrer Arbeit leben können, ohne zusätzlich auf Hartz IV angewiesen zu sein. Er verhindert, dass Arbeit arm macht und dass niedrige Löhne mit Steuergeld subventioniert werden müssen. Er unterbindet Lohndumping. Er verbessert insbesondere die Löhne von Frauen. Und er sorgt dafür, dass die Binnennachfrage steigt und neue Arbeitsplätze entstehen.

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G